

„Aktionsprogramm Aufholen nach Corona“ – Aktionismus im Vorwahlkampf

Kritik am Milliardenprogramm der Bundesbildungsministerin

Wenn es um die coronabedingten Defizite bei Kindern und Jugendlichen geht, gibt es viele Vermutungen und wenig Gewissheiten. Das beginnt schon bei der grundsätzlichen Frage, ob die psycho-sozialen Schädigungen bedeutsamer sind oder fachliche Defizite.

BEHREND HEEREN



Behrend Heeren
Vorsitzender der
GGG NRW

Von Kinderärzten werden zunehmend junge Patienten mit Übergewicht, Magersucht oder emotionalen Störungen konstatiert. Es wird von Kindern berichtet, die zehn bis zwanzig Kilo innerhalb eines Jahres zugenommen haben, zugleich gab es noch nie so viele Fälle von Magersucht (NRZ 22.05.2021).

Kritik an fehlender Nachhaltigkeit

Das Deutsche Kinderhilfswerk stellt fest, die Befunde der Studien über die Auswirkungen der Pandemie auf die physische und psychische Verfassung der Kinder seien gravierend. Gleichzeitig kritisiert der Präsident des Kinderhilfswerkes Krüger den Plan von Bundesbildungsministerin Karliczek, die Hälfte des Milliardenprogramms unter Einbeziehung kommerzieller Nachhilfeeinrichtungen für die Kompensation der Versäumnisse

der Schulen einzusetzen. „Von entscheidender Bedeutung sind langfristige und nachhaltige Investitionen in bereits bestehende Strukturen, die Krisenfestigkeit und Digitalisierung von Schulen“, betont Krüger (PM 05.05.2021 www.dkhw-de/Presse).

Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des VBE spricht von einem Offenbarungseid verfehlter Personalpolitik. Anstatt nachhaltige Perspektiven aufzuzeigen, würden insbesondere außerunterrichtliche Fördermöglichkeiten bezahlt. „Der private Nachhilfesektor dankt und profitiert so erneut von der dauerhaften Unterfinanzierung des Bildungssystems vergangener Jahre.“ (PM 05.05.2021 www.vbe.de/presse). Die einmalige Hilfe von einer Milliarde Euro für das Aufholen von Lernrückständen relativiert sich erheblich, wenn man bedenkt, dass unabhängig von Corona jährlich 1,5 Milliarden

Euro von Eltern für Nachhilfe ausgegeben werden.

Marlis Tepe, Bundesvorsitzende der GEW, lenkt den Blick auf die soziale Ungleichheit. „Wenn die Mittel verteilt werden, muss die Situation armer Kommunen, Stadtviertel und von Schulen mit besonderen pädagogischen Herausforderungen besonders beachtet werden.“ Um Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Verhältnissen für die Ferien- und Förderprogramme zu gewinnen, sei aufsuchende und beratende Sozialarbeit notwendig. Die Bundesmittel sollten auch genutzt werden, um die Schulsozialarbeit auf eine solide Basis zu stellen (PM 05.05.2021 www.gew.de/presse). So richtig der Gedanke ist, muss nach meiner Einschätzung davon ausgegangen werden, dass es bei einem Strohfeuer bleiben wird.

GGG kritisiert Unterfinanzierung

Die GGG kritisiert das Programm aus verschiedenen Perspektiven grundsätzlich.

So erklärt unser Bundesvorsitzender Dieter Zielinski:

- Die GGG hält es für zwingend erforderlich, jetzt massiv in Bildung zu investieren, dies nicht nur für das kommende Schuljahr, sondern darüber hinaus. Die permanente Unterfinan-

zierung des deutschen Schulsystems wird durch einmalige Zahlungen nicht beseitigt.

- Die vorgesehenen Maßnahmen sind pädagogisch falsch und nicht zielführend. Ausgangspunkt ist ein technokratischer Blick auf das rein fachliche Lernen und eine Individualisierung der durch Pandemie verursachten Defizite.
- Für die Zukunft planen, heißt nicht von versäumtem Stoff, sondern der Lernsituation und dem Lernstand der Schüler*innen auszugehen.
- Bei der Bewältigung der Folgen der Pandemie muss neben der Ausgangssituation auch die Belastbarkeit unserer Schüler*innen bedacht werden.
- Es ist zuallererst Aufgabe der Schulen und Lehrkräfte, ihre Klassen wieder in einem gemeinsamen Unterricht zusammenzuführen. Gerade in Zeiten eines defizitären Personalangebotes ist eine auf längere Frist angelegte Personalpolitik erforderlich.
- Ganz falsch wäre es, die in Aussicht gestellten Gelder mit der Gießkanne zu verteilen. Erforderlich ist eine bundesweite sozialindexbasierte, bedarfsorientierte Verteilung der Mittel.

■ Die Bereitstellung zusätzlicher Gelder sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die während der Pandemie offenbar gewordenen Defizite unseres Bildungssystems beseitigt werden müssen. Die GGG fordert sowohl die Zivilgesellschaft als auch alle politischen Verantwortlichen zu einer grundlegenden Debatte über eine Weiterentwicklung unseres Bildungssystems auf (PM 22.04.2021 www.ggg-web.de/diskurs/stellungnahmen).

In NRW schreibt dazu die Landes- schülervertretung als Überschrift in ihrem Statement zum „Aktionsprogramm Aufholen“: „Das System muss etwas aufholen, nicht die Schüler*innen, die darunter leiden!“ (Statement vom 12.05.2021 www.lsvnrw.de/aktuelles).

Auf der allgemeinen und unverbindlichen Ebene wird durchgängig betont, dass die sozial benachteiligten Kinder und Jugendlichen besonders negativ von den Auswirkungen der Pandemie betroffen seien. Unsere Schulministerin hat immer wieder den Begriff Chancengerechtigkeit für die Begründung von Präsenzunterricht auch in pandemischen Zeiten bemüht.

Was aber von der so verstandenen Chancengerechtigkeit übrig bleibt, wenn es an Strukturen

geht, zeigt die Umsetzung des neuen Sozialindex durch das MSB: Da nimmt man die schon vorhandenen 4000 Stellen gegen Unterrichtsausfall und die schon vorhandenen 5000 Stellen für Integration durch Bildung, dazu die ebenfalls schon vorhandenen 450 Stellen des Masterplans Grundschule und erklärt sie zu Sozialindexstellen. Hier werden mit Taschenspielertricks Lehrerstellen von der linken in die rechte Hosentasche geschoben, eine publicitywirksame Mogelpackung .

GGG NRW fordert Nachbesserung beim Sozialindex

In der letzten Verbändekonferenz der Ministerin hat ihr Staatssekretär um kreative Vorschläge zur Umsetzung des Aktionsprogrammes gebeten. Ich schlage vor, die avisierten Bundesmittel, die das Land ja noch aufstocken will, als Startkapital für einen schulischen Sozialindex zu nutzen, der diesen Namen auch verdient.

Nach dem Sozialbericht NRW sind ca. 20 Prozent der Jugendlichen von Armut betroffen. Nach den vorhandenen Plänen der Landesregierung soll nur ein verschwindender Anteil von zwei bis drei Prozenten der Schüler*innen in einem beschämenden Umfang von dem neuen Sozialindex profitieren. Das ist nicht nur ein bildungspolitischer Skandal, es ist ein gerade auf dem

Hintergrund der aktuellen Auswirkungen der Pandemie ein sozialpolitischer Skandal. ◀

▶ <https://www.bmbf.de>
Suchwort: **Corona-Aufholpaket**
oder mit dem QR-Code



GGG NRW AKTIV • GGG NRW AKTIV • GGG NRW AKTIV • GGG NRW AKTIV

Als anerkannter Verband beim MSB ist die GGG im Anhörungsverfahren bei der Schulgesetzgebung zu beteiligen. In diesem Zusammenhang hat die GGG im letzten Quartal folgende Stellungnahmen abgegeben, Texte siehe ▶ www.ggg-web.de/nw-start.

Zum Entwurf ▶ eines Gesetzes zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen im Jahr 2021 (Zweites Bildungssicherungsgesetz) ▶ der Dritten Verordnung zur befristeten Änderung von Ausbildungs- und Prüfungsordnungen gemäß § 52 des Schulgesetzes NRW ▶ einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 93 Abs. 2 Schulgesetz (VO zu § 93 Abs. 2 SchulG) für das Schuljahr 2021/2022 ▶ eines Kernlehrplans Informatik für die Sekundarstufe I – Klassen 5 und 6 ▶ eines Kernlehrplans Englisch – Gesamtschule/Sekundarschule.

Bildungspolitische Gespräche

Regelmäßig führt die GGG u. a. mit den Landtagsfraktionen, der GEW, dem VBE Gespräche zu aktuellen Themen, aktuell zum neuen schulscharfen Sozialindex, mit dessen Umsetzung wir höchst unzufrieden sind:

- 07. 04. gemeinsame VK von GGG, SLVGE NRW, GEW NRW
- 14. 04. gemeinsame VK von GGG, SLVGE NRW, VBE
- 16. 04. gemeinsame VK von GGG, SLVGE NRW mit schulpolit. Sprecher SPD
- 19. 04. gemeinsame VK von GGG, SLVGE NRW mit schulpolit. Sprecherin Bündnis 90/DIE GRÜNEN
- 23. 04. gemeinsame VK von GGG, SLVGE NRW mit schulpolit. Sprecherin FDP
- 05. 05. gemeinsame VK von GGG, SLVGE NRW mit schulpolit. Sprecherin CDU

▶ Beteiligung der GGG NRW an den Videokonferenzen von Ministerin Gebauer zum Themenkomplex Corona mit den Schulverbänden am 08. Februar, 03. März, 07. April und am 18 Mai.

▶ Teilnahme am Fachbeirat Inklusion am 05. März und am 25. Mai.

▶ Die Gespräche mit unseren Gesamtschulverbänden SLVGE NRW und LEIS haben als VK stattgefunden.

Pressemitteilung Sozialindex, 05. Mai 2021

Bildungsgerechtigkeit herstellen: Ungleiches endlich wirksam ungleich behandeln! Text siehe ▶ www.ggg-web.de/nw-start und PPP von Rainer Dahlhaus zum Sozialindex